

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

Steuertricks von Konzernen und Superreichen kosten uns ein Vermögen: In der EU werden jährlich 1.000 Milliarden Euro an Steuern hinterzogen, in Steueroasen geparkt, über Briefkastenfirmen am Fiskus vorbeigeschleust. Nach den Skandalen rund um Lux Leaks und den Panama Papers hat die EU-Kommission angekündigt, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Die Pläne klingen vielversprechend – aber werden sie auch umgesetzt? Dafür setzen wir uns ein.

Die Europäische Kommission hat seit 2015 eine Reihe von Vorschlägen präsentiert, um die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung oder -vermeidung zu reduzieren. Zum Beispiel:

- Steuertransparenzpaket
- Aktionsplan für fairere und effizientere Unternehmensbesteuerung
- Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken
- neuer Rechtsvorschlag für eine einheitliche Konzernbesteuerung
- Pläne zum automatischen Austausch von Steuerinformationen
- Empfehlung zum Vorgehen gegen den Missbrauch von Steuerabkommen
- Strategie zu einer effektiven Unternehmensbesteuerung in Zusammenarbeit mit Drittstaaten
- Legislativvorschläge gegen Methoden, die die Steuerlast auf Konzerngewinne künstlich reduziert, wie das Verrechnungspreis- oder das Patentbox-Modell

Auch wenn die Vorschläge der EU-Kommission gut klingen: Wir müssen genau schauen, was daraus wird. Denn sie werden bei so manchen EU-PolitikerInnen oder LobbyistInnen auf viel Widerstand stoßen. Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass

- gute Ideen oft bis zur Unkenntlichkeit verwässert oder auf die lange Bank geschoben werden.
- sich hinter ambitionierten Überschriften häufig Inhalte verbergen, die in eine ganz andere Richtung weisen.
- gute Gesetzesvorschläge noch maßgeblich vom Europäischen Rat oder vom Europäischen Parlament verändert werden können.

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

EGB-Bericht: Stoppt die Briefkastenfirmen!

Bedrohung für Löhne und Arbeitsbedingungen

Briefkastenfirmen sind ein verbreitetes Problem in der EU. Dabei werden in Mitgliedstaaten Gesellschaften gegründet, in denen keine wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Einziges Ziel ist es auf diese Art unangenehme Rechtsnormen zu umgehen. (...)

Zahlreiche Fallstudien aus ganz Europa

Der Bericht „The impact of letterbox – type practices on labour rights and public revenue“ zeigt Beispiele aus Deutschland, den Niederlanden, Italien und Schweden aus verschiedenen Sektoren wie Transport, Automobilindustrie und Bau. Die Untersuchungen zeigen, wie weit verbreitet die Praktiken sind. So sind es etwa 83% der ausländischen Direktinvestitionen in den Niederlanden und 96% in Luxemburg an Briefkastenfirmen gehen. Einziges Ziel dieser „Auslandsinvestitionen“ ist Steuervermeidung. Esther Lynch, Politische Sekretärin des EGB erkennt daher: „Dieser Bericht zeigt, dass Briefkastenfirmen kein isoliertes Phänomen sind, sondern in vielen Mitgliedstaaten und Wirtschaftssparten gängige Praxis sind. Es zeigt sich auch, dass Steuervermeidung und die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen oft Hand in Hand gehen. Ermöglicht werden Briefkastenfirmen durch EU-Gesetze und mangelnde Durchsetzung von Steuer- und Arbeitsrecht in den Mitgliedstaaten.“

Neues EGB-Projekt

Die Europäische Gewerkschaftsbewegung kämpft an vielen Fronten gegen das Problem der Scheinfirmen. Gerade der umstrittene Vorschlag der EU-Kommission für eine Einpersonengesellschaft SUP („Ich-AG“) zeigt, dass Europa noch immer Teil des Problems und nicht Teil der Lösung ist. (..) In der nächsten Phase des neuen EGB-Projekts sollen Lösungen herausgearbeitet werden, wie die Vermeidung von Steuern, Löhnen und Sozialversicherungsbeiträgen effektiv bekämpft werden kann.

http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_999_Suche.a&cid=1467856805032
(07.07.2016)

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

OECD-Wirtschaftsausblick: Weniger Wachstum, aber zunehmende Ungleichheit(..)

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeichnet in ihrem aktuellen Interim Economic Outlook(..) einen Weg aus der anhaltenden globalen Wachstumskrise vor. Die Staaten sollen die historisch niedrigen Zinsen nutzen, um mit verstärkter Investitionstätigkeit die Konjunktur zu befördern. (...)

Aus Sicht der OECD steht fest: Die wachsende (Einkommens-)ungleichheit in fast allen Industriestaaten hat massive negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Auch die seit Jahren stagnierenden Löhne werden angeprangert.

EGB: Ausnahmen von Schuldenregeln notwendig

Veronika Nilsson, stellvertretende Generalsekretärin des EGB forderte anlässlich des Berichts: „Um das Wachstum anzukurbeln und die Ungleichheit zu bekämpfen braucht es höhere Löhne für die europäischen ArbeitnehmerInnen. Europa muss die öffentlichen Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Wohnen, Gesundheit und Infrastruktur verstärken. Gewerkschaften fordern dies bereits seit Jahren, aber nun stimmt auch die OECD in den Chor ein. Es ist höchste Zeit, dass die Entscheidungsträger in der EU und Eurozone positive Aktionen setzen anstatt sich auf Sparmaßnahmen zu verlassen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verhindert Wachstum. (...)“

ÖGB-Präsident Foglar: Europa aus dem Würgegriff des Stabilitäts- und Wachstumspakts befreien

Auch in Österreich ist zuletzt wieder die Diskussion um die europäische Wirtschaftspolitik ausgebrochen. Zur laufenden innenpolitischen Debatte über EU-Reformvorschläge erinnert ÖGB-Präsident Erich Foglar, dass ÖGB und AK schon seit Langem dafür eintreten, dass die fiskalpolitischen Regeln kein Hindernis für Zukunftsinvestitionen sein dürfen. „Viele europäische Länder befinden sich derzeit noch immer im Würgegriff des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der das größte Investitionshindernis ist. Hier brauchen wir rasch Lösungen wie die ‚Golden Rule‘“, fordert Foglar. (...)

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

Europaweite Demonstrationen gegen CETA und TTIP Gewerkschaftsforderungen in Handelsabkommen nicht erfüllt

In mehreren Europäischen Städten wurde diese Woche gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA demonstriert. (...)

Vida-Vorsitzender: Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zu befürchten

„Hinter TTIP und CETA verstecken sich massive Angriffe auf alles, was uns wichtig ist“, fand der Vorsitzende der Gewerkschaft vida, Gottfried Winkler, bei der Auftaktkundgebung zur Demonstration gegen die Freihandelsabkommen klare Worte. „Wir sind nicht grundsätzlich gegen Handelsvereinbarungen. Sie können Sinn haben, die Wirtschaft ankurbeln und Verbesserungen bewirken.“(...)

EGB: ArbeitnehmerInnen unter CETA Bürger zweiter Klasse

Auch Liina Carr, politische Sekretärin des EGB, lehnt das Abkommen ab: „Unter CETA werden ArbeitnehmerInnen zu Bürgern zweiter Klasse im Vergleich zu Investoren. Arbeits- und Umweltschutz sind unter CETA nicht durchsetzbar, während Investoren ein zusätzlicher, exklusiver Rechtsweg eröffnet werden soll. CETA wird nicht dazu beitragen, gute Arbeitsplätze und bessere Löhne zu fördern, bedroht aber den hohen Standard öffentlicher Dienstleistungen.“

Die folgenden Kernforderungen des ÖGB an das Abkommen wurden bislang nicht erfüllt:

- Kein Investitionsschutz und keine Sonderklagerechte (ISDS oder ICS)
- Daseinsvorsorge nicht ausdrücklich vom Handelsabkommen ausgenommen
- Einklagbare Arbeitsstandards (ILO) und Durchsetzungsrechte für ArbeitnehmerInnen
- Hohe Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards
- Der Lebensmittelsektor muss geschützt werden

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

EGB gegen Strafzahlungen für Portugal und Spanien EU-Spardiktat gefährdet erste Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung

Der Rat für Wirtschaft und Finanzen hat diese Woche Portugal und Spanien aufgrund „ihrer übermäßigen Defizite“ kritisiert und festgestellt, dass die Budgetkonsolidierungsanstrengungen deutlich hinter den Empfehlungen zurückgeblieben sind. Die Beschlüsse des Rates werden zu Sanktionen im Rahmen des Defizitverfahrens führen. Die Kommission hat 20 Tage Zeit, um weitere Beschlüsse des Rates, mit denen Geldbußen verhängt werden, zu empfehlen. Diese Geldbußen sollten sich auf 0,2 % des BIP belaufen, allerdings können Portugal und Spanien innerhalb von 10 Tagen begründete Anträge auf eine Verringerung der Geldbußen stellen. Bisher ist noch nie ein Land wegen Verstößen gegen den Euro-Stabilitätspakt mit Geldstrafen belegt worden. Spanien und Portugal könnten nun die Ersten sein.

Rat und Kommission setzten weiter auf falsche Rezepte

Dabei zeigen die beiden Länder zumindest in Bezug auf das Wirtschaftswachstum einen positiven Trend. Nach den harten Krisenjahren sollen die Volkswirtschaften 2016 wieder deutlich wachsen (Spanien 2,6%, Portugal 1,5%). Der EGB sieht die Entwicklung jetzt Bedroht und hat die Entscheidungsträger dazu aufgefordert, Portugal und Spanien nicht zu bestrafen. „Mehr Austerität wäre nicht zu ertragen“, sagte dazu die stellvertretende EGB-Generalsekretärin Veronica Nilsson in einer Presseaussendung. „Neben der offenbaren Absurdität Geldstrafen für angebliche, zu hohe Ausgaben zu verhängen, würden die angeregten, sehr hohen Strafen Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Dienstleistungen treffen. In einer Zeit extrem langsamer wirtschaftlicher Erholung wäre harte Gelstrafen unverantwortlich.“

Kritik aus dem EU-Parlament

Auch vonseiten des EU-Parlaments gab es Kritik. Der deutsche EU-Abgeordnete Fabio De Masi (GUE/NGL) warnte: „Die Eurozone verdankt ihr verlorenes Jahrzehnt der Kürzungspolitik bzw. den Maastricht-Regeln. Diese haben auch im internationalen Vergleich keinen Beitrag zur Verringerung der Staatsverschuldung geleistet..(…)“

<http://www.oegb->

eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_20.4.a&cid=1468461620791 (14.07.2016)

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

ÖGB fordert EU-Investitionsprogramm: zehn Jahre lang 2 Prozent vom BIP

"Das Wirtschaftswachstum ist niedrig, das Arbeitskräfteangebot hoch. Das sind die Gründe für die auch im September wieder gestiegene Arbeitslosigkeit, bei denen die Politik in Österreich und EU-weit ansetzen muss", sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, anlässlich der heute veröffentlichten AMS-Zahlen. Demnach sind in Österreich mehr als 390.000 Menschen ohne Arbeit. Der ÖGB fordert eine Lockerung der Defizitgrenzen für Investitionen sowie eine EU-weite Jugend- bzw. Ausbildungsgarantie.

Arbeitslosigkeit EU-weit mit Investitionen bekämpfen – wichtiges Thema beim europäischen Gewerkschaftskongress

Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB/ETUC) befasst sich derzeit bei seinem Kongress in Paris mit der explodierenden Arbeitslosigkeit. "Wir brauchen einen neuen Weg für Europa, mit einem Investitionsprogramm von 2 Prozent des BIP pro Jahr für die nächsten zehn Jahre, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen", sagt Achitz. Notwendig sind öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Forschung sowie in qualitativ hochwertige Bildung, Gesundheitswesen und soziale Dienste. "Öffentliche Investitionen in diesen Bereichen sollte nicht gezählt werden, wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nationale Defizithöhen bewertet werden", fordert Achitz.

EU-Länder müssen Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild in die Praxis umsetzen

Neben der Altersarbeitslosigkeit besteht EU-weit vor allem Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Achitz fordert, dass die "Jugendgarantie", die derzeit nur eine Empfehlung ist, nun auch von den Mitgliedsstaaten in die Praxis umgesetzt werden muss. Der EGB hat auf Antrag des ÖGB beschlossen, dass es ein spezielles Ziel im Rahmen der Kernziele der 2020-Strategie zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit geben soll. "Junge Menschen müssen das garantierte Recht auf angemessene, qualitativ hochwertige Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb von vier Monaten Arbeitslosigkeit oder nach Abschluss der beruflichen Ausbildung haben." (..)

Was fordern Gewerkschaften auf europäischer Ebene?

Neustart für den europäischen Sozialen Dialog

EU-Institutionen erkennen besondere Bedeutung für Wirtschaft und Beschäftigung an

EGB-Generalsekretär Luca Visentini unterzeichnete diese Woche eine gemeinsame Stellungnahme mit EU-Kommission, Europäischem Rat und den europäischen Arbeitgebervertretern (BusinessEurope, UEAPME und CEEP). Das Papier soll den angekündigten Neustart für den Sozialen Dialog forcieren und beinhaltet folgende wichtige Punkte:

Stärkere Einbindung in Länderspezifische Empfehlungen

- Rat und Kommission erkennen darin die besondere Rolle des Sozialen Dialogs an und begrüßen seine „bedeutende Rolle in der EU für Beschäftigung und Sozialpolitik“ sowie eine „Stärkung des Austausches zwischen Management und ArbeitnehmerInnenseite.“
- Die Ratspräsidentschaft will sicherstellen, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände stärker in die EU-Wirtschaftspolitik eingespannt werden. Insbesondere in Bezug auf die umstrittenen Länderspezifischen Empfehlungen sollen die Sozialpartner mehr Gehör finden.
- EGB und Arbeitgebervertreter wollen ihre nationalen Mitglieder beim Zugang zum Europäischen Sozialfonds unterstützen und den Sozialen Dialog bewerben.

Sozialer Dialog muss auch in der Praxis respektiert werden

Peter Scherrer, stellvertretender EGB-Generalsekretär, sagte dazu: „Die Unterzeichnung löst nicht die vielen Probleme der arbeitenden Bevölkerung, aber die Gewerkschaften können dadurch erwarten, dass sie bei den sozialen und wirtschaftlichen Fragen mit den nationalen und europäischen Entscheidungsträgern am Verhandlungstisch sitzen werden. Die EU hat die Bedeutung der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen bestätigt. Der Soziale Dialog kann nur Ergebnisse liefern, wenn die Vereinbarungen auch ordentlich umgesetzt werden.“

http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_999_Suche.a&cid=1467252028293
(29.06.2016)



Inhaltliche Schwerpunkte aus dem Pariser Manifest Aktionsprogramm des EGB (2015 – 2019)

Auswahl:

- Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik: Investitionen in Wachstum und Beschäftigung statt Sparpolitik
- Forderung nach einem Investitionsplan (Marshallplan)
- Kampf für Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität und Steuergerechtigkeit
- Ende des Steuerdumpings, -betrugs und Steuerverlagerung innerhalb der EU
- Ausnahme bestimmter öffentlicher Investitionen aus der Defizitrechnung (Golden rule)
- Keine weiteren Liberalisierungen durch Handelsabkommen wie TTIP, Absage an ISDS
- Einbindung der Sozialpartner und Stärkung des sozialen Dialoges
- Bekämpfung von grenzüberschreitendem Lohn- und Sozialdumping
- Aufwertung der sozialen Grundrechte gegenüber den wirtschaftlichen Marktfreiheiten (Fortschrittsprotokoll)
- Kampf gegen Diskriminierung, für Gleichstellung
- Forderung nach einer Mindestunternehmensbesteuerung von mind. 25%
- Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit